

Haushaltsrede der Fraktion B90/die Grünen im Rat der Stadt Schloß Holte-Stukenbrock zum Haushalt 2022

Lieber Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren,

Wir leben in schwierigen Zeiten:

Der Klimawandel schreitet voran und wird uns in allen Belangen des menschlichen Daseins zu einschneidenden Veränderungen zwingen, Corona hat uns nach wie vor fest im Griff und bedroht die verschiedenen Generationen in ihrem Leben auf ganz unterschiedliche Weise.

Parlamentarisch, rechtstaatlich, demokratische Grundordnungen werden global und auch hier bei uns immer mehr angezweifelt oder in vielen Staaten, auch Europas, faktisch abgeschafft. Die allseits bekannte Schere zwischen armen und reichen Menschen öffnet sich weiter und führt auch bei uns dazu, dass immer mehr Bürgerinnen und Bürger nicht mehr an allen Dingen des täglichen Lebens teilhaben können.

Krieg, Verfolgung Andersdenkender und die Aussichtslosigkeit ein Leben in Würde führen zu können führt dazu, dass Menschen ihre Heimat verlassen müssen.

Wir werden hier in Schloß Holte-Stukenbrock nicht den Klimawandel aufhalten, wir werden auch nicht Corona allein besiegen, die demokratische Grundordnung in die Welt tragen und diese auch nicht allein zu einem besseren Ort machen.

Es gibt ein gutes, wenn auch zugegebener Weise mittlerweile abgedroschenes Motto der Grünen, nämlich die Aussage global zu denken und lokal zu handeln.

Wir haben die Möglichkeit in unserer Stadt Maßnahmen umzusetzen die hier und über Schloß Holte Stukenbrock hinaus wirksam sind.

Einiges ist passiert und doch reicht es nicht aus und wird nur schleppend oder gar nicht umgesetzt.

So sind nur 10% der Dachflächen in SHS mit Photovoltaik ausgestattet, ein Förderprogramm wird dennoch nicht aufgelegt, Mittel für eine Potenzialanalyse werden gekürzt und das Ziel Klimaneutralität bis 2030 zu erreichen abgelehnt.

Unser gemeinsamer Antrag zum Klimaschutz, der einen Aufbruch bedeuten sollte, wird verwässert, nicht ernstgenommen und missachtet.

Ich möchte nur an unsere Diskussion zum Regionalplan erinnern, eigentlich war es gar keine Diskussion. Niemand außer den Grünen hat sich über den geplanten Flächenfraß Gedanken gemacht und auch nur im Ansatz danach betrachtet, dass alle Entscheidungen auf ihre Auswirkungen auf das Klima zu prüfen sind. Ganz im Gegenteil, es wurde von allen anderen Fraktionen noch mehr Fläche zur Versiegelung eingefordert.

Ein echtes Ausgleichsflächenkonzept zu entwickeln ist seit Jahren beschlossen und wird nicht umgesetzt, ein Energiekonzept für neue Baugebiete ist Beschlusslage aber es droht auch hier eine Pseudolösung zu geben. Es reicht nicht aus im einen Fall Tannen auf Freiflächen zu pflanzen und im anderen Fall ein Kaltwärmenetz zu beschließen. Es gehört mehr dazu zielgerichtet und konsequent zu planen und dies umzusetzen.

Es reicht auch nicht aus, einen Arbeitskreis ÖPNV einzurichten, der dann einmal tagt und dann nicht mehr, ohne ein Ergebnis zu erzielen. So können Konzepte wie das vom Kreis angeschobene Bike sharing, on Demand Lösungen für den ÖPNV oder unser Antrag auf Erhöhung des Ansatzes für den Radwegebau abgelehnt oder verschoben werden.

Wir hören in diesem Zusammenhang immer wieder von der Verwaltung, dass vieles „personell“ nicht zu schaffen ist. Das mag sein, aber es ist doch nicht ein Zustand der von einer überirdischen Macht gesteuert wird, sondern Teil des verfehlten Handelns in Politik und Verwaltungsspitze.

Wenn wir tatsächlich ernsthaft interessiert wären im Bereich Klimaschutz und Co2 neutrale Mobilität weiter zu kommen hätte es keine Ablehnung gegeben für diese Bereiche Personal einzustellen, dass sich im Rahmen einer Stabsstelle frei und mit Kompetenz ausgestattet um die wichtigen Zukunftsthemen kümmert. Dass die Einrichtung solcher Stabsstellen auch am Widerstand, vielleicht sogar besser gesagt an der Sturheit, des Bürgermeisters scheitert ist schon sehr ärgerlich.

Lassen sie mich noch kurz auf Themen eingehen die als nicht grüne Kernthemen tituliert werden aber dennoch unsere Aufmerksamkeit erfordern:

Seit Jahren fordern wir das Ziel eine feste Quote für den Bau öffentlich geförderten Wohnraums in neuen Baugebieten festzulegen. Hier finden wir bis heute kein Verständnis bei allen anderen Parteien.

Ist es das böse Wort des sozialen Wohnungsbaus, dass Angst macht, weil in ordentlichen Wohnsiedlungen bestimmte Menschen die Ausgewogenheit zerstören könnten oder ist es nicht vielmehr die Ignoranz vor der tatsächlichen Lage. Öffentlich geförderter Wohnraum schafft die Möglichkeit über die Deckelung des Mietpreises das Recht auf Wohnen für ganz „normale“ Menschen umzusetzen. Diese „normalen“ Menschen wurden von den Balkonen beklatscht, für sie Regenbögen in die Fenster gemalt und galten als systemrelevant. Längst vergessen, ignoriert und unerwünscht?

Die Politik, dieser Rat ist zuständig Ziele zu formulieren die eigentlich auch noch SMART, also spezifisch, messbar, attraktiv, realistisch und terminiert sein müssten. Wir haben in diesen Haushaltsberatungen versucht Ziele neu zu formulieren oder eben zu ersetzen.

Ein Beispiel ist unser Versuch die Höhe der Einnahmen, insbesondere der Steuern an den Zielen zu orientieren die die Politik entscheidet und die von der Verwaltung umgesetzt werden sollten. Dass dies bei allen Fraktionen auf Ablehnung stieß verwundert uns doch sehr und man könnte auf den Gedanken kommen, dass es in der alljährlichen Steuerdiskussion nicht um seriöse Gestaltung geht, sondern um ein zur Schau stellen der vermeintlich besseren Zahl. Hier wird Finanzpolitik zur Werbeveranstaltung und aus dieser Show werden wir dauerhaft aussteigen.

Selbst die Gemeindeprüfungsanstalt äußert sich dahingehend, dass die Stadt SHS umfangreiche Konsolidierungsmaßnahmen im eigenen Einflussbereich ergreifen sollte, um den künftigen Ergebnisverschlechterungen entgegenzuwirken.

Eine Übertragung von Ratssitzungen im Internet scheiterte aufgrund der Persönlichkeitsrechte einzelner Rats- und Verwaltungsmitglieder, trotz einer guten Verfahrenslösung. Die im Rat dargestellten Begründungen werfen die Frage auf, warum einige dieses öffentliche Amt überhaupt übernommen haben.

Erlauben sie mir dort noch einmal über den Suppentellerrand zu schauen: Nach meiner festen Überzeugung, ist die parlamentarische Demokratie mit allen Mitteln zu schützen und es ist auch unsere Pflicht, insbesondere im Hinblick auf die Bestrebungen rechter und rechtsradikaler Gruppen, die mit ihrem Konzept der Methapolitik auf die Auflösung der Vielfalt in den Parlamenten hinwirken wollen, Einsatz auch in so kleinen und vielleicht unbedeutenden Räten wie unserem zu zeigen, den Diskurs, die Auseinandersetzung zu leben und sie für alle öffentlich und teilbar zu machen.

Selbst die, aufgrund der tollen Zahlen, vorsichtige Gemeindeprüfungsanstalt gibt der Verwaltung dennoch Hinweise auf mehr Digitalisierung. Ein Hinweis der lediglich zur Kenntnis genommen wird.

Wir investieren große Summen in die Digitalisierung der Schulen. Das ist richtig und wird von uns unterstützt. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß Bildung mehr heißt als Lernstoff zu bearbeiten. Wir müssen allen Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit geben sich zu begegnen, sich auszutauschen und den sozialen Lernort Schule in Präsenz zu erleben. Das wir dafür in der Coronakrise nicht bereit waren alles zu tun, insbesondere auch Luftfiltergeräte anzuschaffen, war und ist ein großer Fehler.

Es ist gut, dass die Schulen gut und mit viel Geld ausgestattet werden, dass unsere Schüler bald öffentlich Verkehrsmittel kostenlos benutzen können. Allerdings ist und bleibt die viel grundlegendere Aufgabe, den Klimawandel zu stoppen weil nun mal insbesondere unsere Kinder davon betroffen sein werden.

Und in diesem Bereich müssen wir deutlich mehr unternehmen. Der richtungsweisende Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes ist wohl auch hier noch nicht richtig angekommen. Das zeigt auch die Haltung Einzelner, die noch möchten, dass sich die jungen Menschen bedanken für das Wenige was wir tun.

Das müssen sie nicht!

Wir sind in der Pflicht etwas zu tun!

Einiges ist getan, das will ich nicht leugnen und wir begleiten dies mit Wohlwollen und Respekt, aber es ist nicht genug um die globalen Krisen anzunehmen und hier in der Stadt Maßnahmen umzusetzen, die nachhaltig zu einer Lösung beitragen.

So bleibt es auch in diesem Jahr dabei, dass die Grüne Fraktion den Haushalt nicht mittragen kann und doch ist es ein ganz klein bisschen anders, denn es war mir vergönnt eine Rede halten zu dürfen in der der Name der Mehrheitsfraktion nicht einmal erwähnt wird.

Das haben sie sich verdient, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ich wünsche uns allen ein wunderschönes Weihnachtsfest und ein gesegnetes Jahr 2022. Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.

Reinhard Tölke

Fraktionsvorsitzender

Dezember 2021